

BDI-Konjunktur-Report

Ausgabe 02 | 30. April 2009

Abschwung hält an, aber verlangsamt sich – Schlüsselrolle für Finanzmarktstabilisierung

Die Weltwirtschaft steckt weiter tief in der Krise. Die Talfahrt bei den Auftrags-eingängen und bei der Produktion hält an und erfasst zunehmend den Arbeitsmarkt. Entscheidend ist jetzt das Krisenmanagement der Regierung. Eine Schlüsselrolle kommt der Finanzmarktstabilisierung zu: Ihr Gelingen ist eine notwendige Bedingung für die weltweite konjunkturelle Erholung.

Keine Anzeichen für globale Entspannung

Der Absturz der Weltwirtschaft ist, wie erwartet, intensiv und heftig. Gegenwärtig deutet nichts auf ein Ende der Rezession noch auf einen Zeitpunkt hin, wann die Talsohle erreicht sein könnte. Der Internationale Währungsfonds rechnet für 2009 erstmals seit 60 Jahren mit einem Schrumpfen des Welthandels.

Zu den fortgesetzt eingetrübten Aussichten trägt in erster Linie die Lage der **US-Wirtschaft** bei: 2008 schrumpfte das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 1,1 %, was vor allem an einem schwachen zweiten Halbjahr lag. Der private Konsum und nun auch die Ausrüstungsinvestitionen ziehen das Wachstum deutlich ins Minus. Negative Signale kommen auch von den Exporten, die sich in den vergangenen Quartalen zu einem Wachstumstreiber entwickelt hatten. Drastische Vermögensverluste und pessimistische Zukunftserwartungen legen Konsum und Investitionen ebenso die Bremsen an wie die Tatsache, dass den USA ein schmerzhafter und anhaltender Anpassungsprozess bei privaten wie öffentlichen Schulden bevorsteht.

Unter den Industrienationen hat **Japan** im vierten Quartal 2008 den stärksten Einbruch bei den Exporten erfahren (-13,9 %). Das BIP schrumpfte ggü. dem Vorquartal um 3 %, im Jahr 2008 insgesamt um 0,7 %. Ausrüstungsinvestitionen und privater Konsum tragen inzwischen deutlich negative Vorzeichen. Deflationäre Tendenzen manövrieren Haushalte und Unternehmen in eine abwartende Haltung. Die Konjunkturaussichten bleiben darüber düster.

Auch in der **Eurozone** bleibt die Lage weiter angespannt. Der Einbruch der globalen Güternachfrage hat zu einem Absturz der Exporte aus dem Euroraum geführt (3. Qu. 2008: -7,3 % ggü. Vorzeitraum), was eine prompte Reaktion der Investitionsausgaben ausgelöst hat. Hohe Teuerungsraten haben bis zur Jahreshälfte 2008 den privaten Konsum unter Druck gesetzt. Zukunftsängste und schlechtere Vermögenspositionen lassen den Zustand fortbestehen – trotz zuletzt gesunkener Verbraucherpreise.

Konjunktur auf einen Blick

Keine Anzeichen für globale Entspannung

Die Krise der Weltwirtschaft setzt sich unvermindert kräftig fort. Der globale Abschwung läuft synchron – in keiner Region der Welt zeichnet sich gegenwärtig eine Aufhellung ab.

Kontraktion des deutschen BIP setzt sich fort

Der deutsche Außenbeitrag ist zum Jahresbeginn erneut geschrumpft. Die Exportaussichten insbesondere bei Investitionsgütern sind gedämpft. Höhere Staatsausgaben und konstanter privater Konsum stabilisieren die Nachfrage – steigende Arbeitslosenzahlen könnten dem Konsum aber bald die Bremsen anlegen.

Keine Aufhellung bei Aufträgen und Produktion

Der scharfe Rückgang bei Neubestellungen und Erzeugung im Verarbeitenden Gewerbe setzt sich fort. Das Geschäftsklima ist weiter gesunken, die Lagebeurteilung erreicht beispiellose Tiefststände.

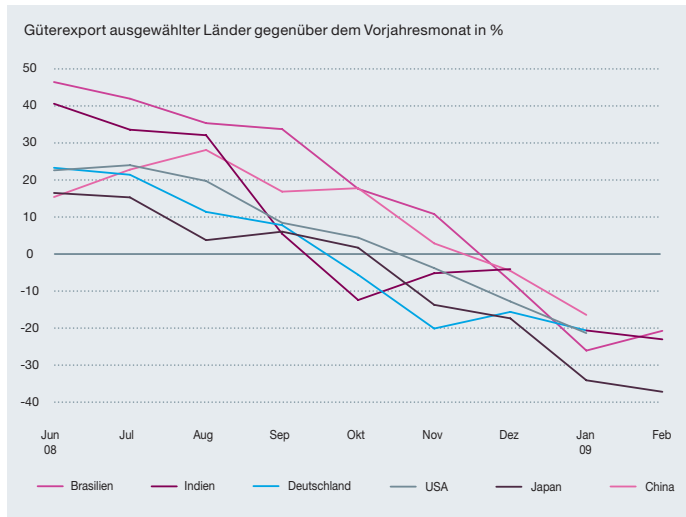
Schwere der Krise abhängig von ihrer Dauer

Entscheidend für das Ausmaß der Krise ist nicht die Tiefe der Rezession, sondern die Dauer. Die deutschen Unternehmen sind gut aufgestellt und trotzen noch der Krise. Hält der Abwärtstrend an, sind steigende Unternehmensinsolvenzen und hohe Arbeitslosigkeit wahrscheinlich.

Voraussetzungen für Aufschwung rechtzeitig schaffen

Oberste Priorität muss die Gewährleistung der Unternehmensfinanzierung haben. Erst dann ist nachhaltiges Wachstum möglich. Weitere Konjunkturprogramme sind nicht anzuraten. Besser sind Maßnahmen, die kein Geld kosten, und der Verzicht auf Zusatzbelastungen.

Welthandel geht zurück, Exporte brechen ein



Quellen: OECD, Statistisches Bundesamt USA, Finanzministerium Japan, Statistisches Bundesamt Deutschland



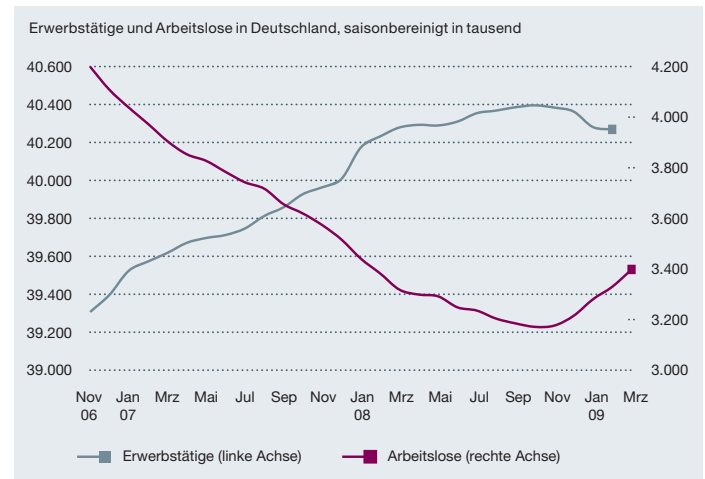
Kontraktion des deutschen BIP setzt sich fort

Das Statistische Bundesamt hat Ende Februar die ausführlichen Ergebnisse zum deutschen BIP im vierten Quartal 2008 mitgeteilt. Nach bereits negativen Wachstumsraten im zweiten und dritten Quartal (je -0,5 %) ging die Wirtschaftsleistung abermals zurück und sank mit -2,1 % ggü. dem Vorquartal außergewöhnlich stark. Hintergrund ist der Einbruch bei den Ausfuhren (-7,3 %), die deutlich stärker fielen als die Importe (-3,6 %). Die inländische Nachfrage nach Investitionsgütern kehrte erstmals ins Negative (-4,9 %). Derweil füllen sich die Lager der Unternehmen, was nach der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zwar zum BIP-Wachstum beiträgt (+0,5 %), zugleich aber ein alarmierender Frühindikator ist. Die Konsumausgaben nahmen mit 0,1 % vergleichsweise schwach ab. Auch der Dienstleistungssektor spürt, faktisch ohne Verzögerung, die Folgen der Krise.

Auch zum Jahresanfang 2009 belegen die verwendungsseitigen Komponenten des Bruttoinlandsproduktes die angespannte makroökonomische Großwetterlage. Die Ausfuhren starteten im Januar und Februar mit -4,4 % bzw. -0,7 % ins neue Jahr. Zwar gingen auch die Importe zurück (-0,8 bzw. -4,2 %), doch der im Vorjahresvergleich stärkere Fall der Exporte (-23,2 % im Januar, -23,1 % im Februar) gegenüber den Importen (-13,7 % bzw. -16,4 %) lässt den Außenbeitrag zum BIP schmelzen.

Der private Konsum gibt sich vergleichsweise noch robust. Der GfK-Konsumklimaindex registriert momentan noch keine Verhaltensänderung bei der Konsumneigung der privaten Haushalte. Zwar hat sich die Konjunkturerwartung im März 2009 abgeschwächt und die Einkommenserwartungen haben

Trendumkehr am Arbeitsmarkt



Quellen: Deutsche Bundesbank, Bundesagentur für Arbeit

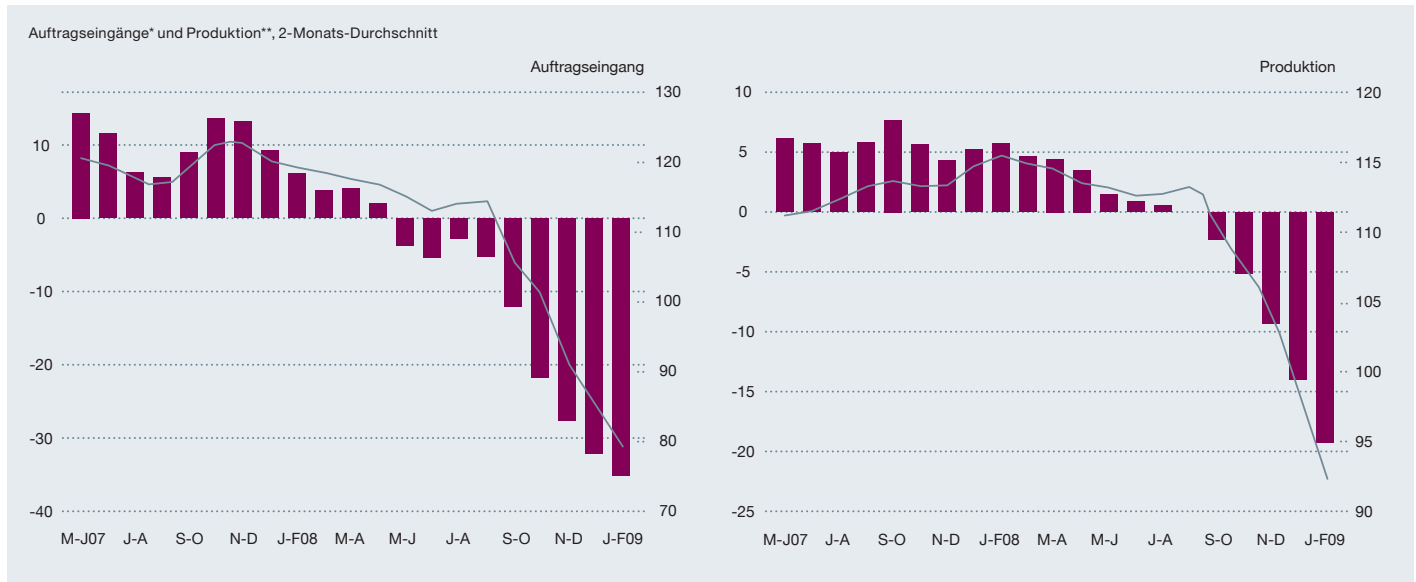


sich eingetrübt. Der prognostizierte Gesamtindikatorwert für April liegt mit 2,4 Punkten nur 0,1 Punkte unter dem Märzwert. Die Konsumneigung reduzierte sich jedoch nur leicht. Die Panelergebnisse werden von streckenweise rückläufigen Endverbraucherpreisen bei Lebensmitteln und teilweise Energie, aber auch von den Erwartungen an das Konjunkturpaket II geschürt.

Auf dem Konsum lasten indes unsichere Erwartungen hinsichtlich der Beschäftigungssituation. Die Trendumkehr am Arbeitsmarkt setzt sich fort und folgt dem Muster, dass zunächst Arbeitszeitkonten abgebaut werden, anschließend Zeitarbeitskräfte die Unternehmen verlassen müssen und schließlich das Instrument Kurzarbeit zum Tragen kommt, bevor Teile der Stammbeslegschaft freigesetzt werden. Im März 2009 ist die Zahl der Erwerbslosen erstmals seit drei Jahren wieder gestiegen und liegt jetzt bei 3,58 Mio. Dies entspricht einer Quote von 8,6 % und einer Steigerung von 0,2 %-Punkten gegenüber dem Vorjahr. Die gewohnte Frühjahrsbelebung ist ausgeblieben. Saisonbereinigt lag die Zahl der Arbeitslosen bei 3,4 Mio. Personen. In den alten Bundesländern erhöhte sich die Zahl um 57.000, in den neuen Bundesländern um 12.000.

Mit dem Einbruch bei Neubestellungen und Produktion bei den Investitionsgüterherstellern geht ein deutlicher Rückgang der Bruttoanlageinvestitionen zum Jahresbeginn 2009 einher. Kapazitätserweiterungen in der Vergangenheit bremsen die Investitionsneigung. In dieses Bild passen die im Januar 2009 ggü. Vorjahr um 22,2 % gestürzten Umsätze der Investitionsgüterhersteller. Mit der Schwäche bei den wertschöpfungsinintensiven Industrien (Automobil, Maschinenbau, Elektronik)

Auftragseingänge und Produktion im freien Fall



Quellen: Statistisches Bundesamt, *) Verarbeitendes Gewerbe, **) Produzierendes Gewerbe, saisonbereinigt, Volumenindex 2005=100



geraten auch die Hersteller von Vorleistungsgütern immer stärker in Bedrängnis. Allenfalls dürften, mit Blick auf das Konjunkturpaket II, die Bauinvestitionen stabilisieren.

Die Staatsausgaben werden im Jahr 2009 stärker zunehmen als 2008. Einerseits durch die relative Trägheit der öffentlichen Konsumausgaben, andererseits durch das Wirken automatischer Stabilisatoren und die verstärkten Investitionen im Rahmen des Konjunkturpakets II.

Die Nachfragekomponenten bleiben insgesamt weiter hohen Spannungen ausgesetzt. Vom privaten Konsum geht trotz der Stagnation momentan noch die größte Stabilisierungswirkung für das BIP aus. Ausrüstungsinvestitionen und Außenbeitrag dagegen weisen steil nach unten. Die Konsum- und Investitionsausgaben des Staates werden die gesamtwirtschaftliche Nachfrage im Jahr 2009 voraussichtlich stützen.

Keine Aufhellung bei Aufträgen und Produktion

Mit Blick auf den Frühindikator Auftragseingänge zeichnet sich bisher keine Bodenbildung ab. Auftragseingänge und Produktion gehen ungebremst zurück.

In den Berichtsmonaten Januar und Februar 2009 sah sich die Industrie, bezogen auf den Vormonat, einem Bestellrückgang von 6,7 % bzw. 3,5 % ausgesetzt. Abnehmer aus der Nicht-Eurozone schränkten ihre Nachfrage im Januar deutlich ein (-17,2 %), sorgten im Februar aber für ein leichtes Plus (+0,5 %) auf niedrigem

Niveau. Innerhalb der industriellen Hauptgruppen mussten im Februar Hersteller von Vorleistungsgütern (-6,5 %) und Konsumgütern (-8,7 %) die stärksten Einbußen hinnehmen. Die Nachfrage nach Investitionsgütern ging nur leicht um 0,5 % zurück. Hier wirkt aber ein starker Basiseffekt durch den Vormonat Januar (-9,4 %). Bei Konsumgütern (-14,4 %) und Vorleistungen (-11,0 %) üben Nachfrager aus der Eurozone im Februar 2009 starke Kaufzurückhaltung. Im aussagefähigeren Zwei-Monatsvergleich Januar 2009/Februar 2009 ggü. dem Vorzeitraum schrumpften die Orders insgesamt um 11,8 %. Aus der Nicht-Eurozone wurden 20 % weniger industrielle Erzeugnisse bestellt. Am stärksten fiel das Minus bei den Investitionsgütern aus (-13,1 %), doch auch bei Konsumgütern (-11,9 %) und Vorleistungsherstellern (-9,7 %) standen deutlich weniger Neuaufträge in den Büchern.

Die schwache Auftragslage setzt sich in der Industrieproduktion fort. Die Erzeugung im Produzierenden Gewerbe lag im Februar 2009 um 2,9 % unter Vormonatsniveau. Hersteller von Investitionsgütern (-4,5 %) und Konsumgütern (-3,6 %) drosselten ihren Ausstoß am meisten. Während die Industrieproduktion um 3,3 % niedriger ausfiel als im Januar lag der Rückgang bei der Energieerzeugung bei 2,9 %. Die Erzeugung im Bauhauptgewerbe legte um 1,9 % zu. Arbeitstäglich und saisonbereinigt schrumpfte die Produktion im Produzierenden Gewerbe im Zwei-Monats-Vergleich Januar/Februar 2009 ggü. dem Vorzeitraum um 9,2 %. Für die negative Entwicklung der Industrieproduktion (-10,7 %) zeichnen vor allem die Einbußen bei Investitionsgütern (-17,3 %) und bei Vorleis-

Deutschland weiter tief in der Rezession



tungsgütern (-7,7 %) verantwortlich. Konsumgüterhersteller erzeugten 1,7 % weniger Güter. Das Bauhauptgewerbe lag mit 3,9 % im Minus, die Energieerzeugung im Plus (+4,5 %).

Der nüchterne Blick auf die Daten lässt einen Produktionsrückgang im Jahr 2009 um eine zweistellige Prozentzahl gegenüber dem Vorjahr nicht abwegig erscheinen. Dies belegt auch das Geschäftsklima. Der ifo-Index sank im März 2009 abermals. Vor allem die Geschäftslage wird so schlecht wie nie im vereinten Deutschland beurteilt. Dagegen haben sich die Erwartungen abermals etwas aufgehellt. Anlass zur Entwarnung gibt dies aber nicht: Die Erwartungsbildung wird wahrscheinlich stark durch Erfahrungswerte aus vergangenen Zyklen bestimmt. Erfahrungen mit einer Krise ähnlich der gegenwärtigen sind nicht vorhanden, ihre Tragweite wird damit in den Indexzahlen wahrscheinlich nicht exakt abgebildet.

Schwere der Krise abhängig von ihrer Dauer

Es fällt schwer, die gegenwärtigen weltwirtschaftlichen Entwicklungen mit bisher gemachten Erfahrungen zu vergleichen. Prognosen zum BIP-Wachstum bewegen sich daher in einem extrem schwierigen Datenumfeld.

Dabei ist für das Ausmaß der Krise in erster Linie nicht die Tiefe der Rezession entscheidend, sondern vielmehr die Dauer des Abschwungs. Die wirtschaftliche Talfahrt wird sich nach Auffassung des ökonomischen Mainstreams in einer BIP-Schrumpfung zwischen 4 und 5 % auf das Jahr 2009 hochge-

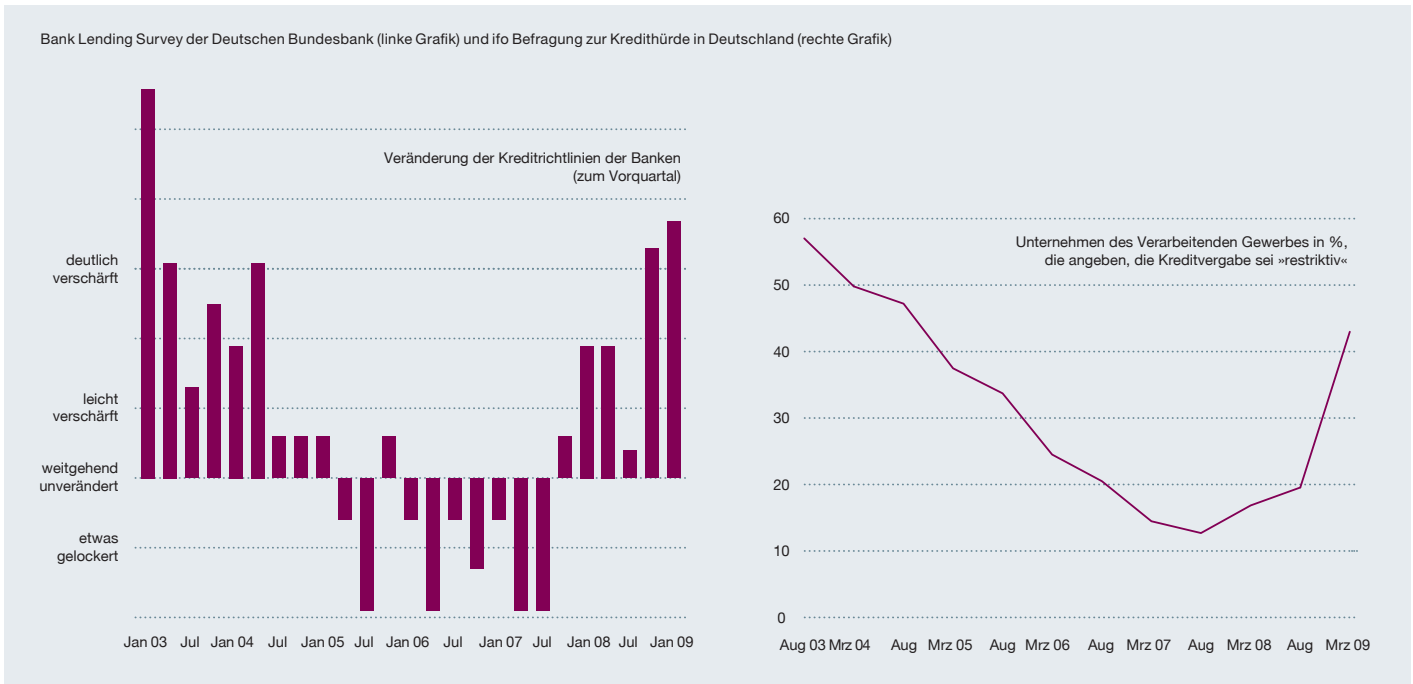
rechnet fortsetzen. Die größten Risiken im Jahr 2010 liegen darin, dass es zu einer blutleeren Stabilisierung auf niedrigem Niveau kommen könnte. Sollte sich die Abwärtsbewegung verstetigen und einen L-förmigen Verlauf annehmen, könnten ganze Teile der Wertschöpfungskette dauerhaft wegbrechen. Der Rückfall in Zeiten hoher und strukturell verfestigter Arbeitslosigkeit wäre die unvermeidbare Konsequenz.

Der Stabilisierung der Finanzmärkte kommt dabei nach wie vor eine Schlüsselrolle zu. Bei den Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes zeichnet sich in zunehmendem Maße eine Liquiditätsklemme ab. Die Finanzierungsbedingungen in puncto Sicherheiten und Kosten haben deutlich angezogen. Dabei geht es nicht alleine um die klassische Kreditvergabe. Betroffen sind alle Kanäle der Unternehmensfinanzierung. Mit Blick auf die rapide sinkenden Auftragsrückstellungen und Produktionszahlen droht eine weitere Zuspitzung. Mithin wirkt sich die Finanzmarktkrise doppelt negativ aus: Einerseits unmittelbar durch den globalen Nachfrageschock, andererseits durch die in diesem Lichte verschlechterten Finanzierungsbedingungen infolge erhöhter Ausfallrisiken.

Voraussetzungen für Aufschwung rechtzeitig schaffen

Mit dem G20-Gipfel in London wurden die Weichen für die Neuaufstellung des Weltfinanzsystems richtig gestellt. Das Zeitfenster für eine Reform von Aufsicht und Regulierung auf multilateraler Ebene ist denkbar klein. Kommt es erst zu einer leichten Erholung der Realwirtschaft – auch bedingt durch

Fremdkapitalzugang deutlich schwieriger



Quellen: Deutsche Bundesbank, ifo- Institut

synchron wirkende nationale Konjunkturprogramme – sinkt der Leidensdruck. Der Aufschwung kann dann aber nicht nachhaltig sein, weil das finanzwirtschaftliche Fundament weiter Not leidet. Die Gefahr eines »Double Dip« ist dann sehr hoch.

Die Bundesregierung kann darüber hinaus schon jetzt einen positiven Beitrag zur Finanzmarktstabilisierung leisten, indem die Liquiditätsversorgung des Nichtbankensektors gesichert wird und die Liquiditätsklemme aufgebogen wird. Der BDI hat dazu folgende Vorschläge in den politischen Prozess eingespeist:

- **KfW-Sonderprogramm**
Anhebung der Haftungsfeistellung von Banken für Betriebsmittelkredite auf 90 % analog zu Investitionskrediten; auch Einbindung von kapitalmarktfähigen Unternehmen in die Förderung.
- **Risikoauflösung für Kreditversicherungen**
Private Kreditversicherer haben Prämien und Eigenbehalte erhöht und Absicherungsvolumina verringert. Die fehlende Abdeckung mit Kreditversicherungen droht gesamte Lieferketten zu unterbrechen. Eine tragfähige Risikoauflösung erhöht den Anreiz für Versicherer, wieder mehr Risiken zu vertretbaren Konditionen abzudecken.
- **Exportfinanzierung**
Verbesserung der Refinanzierung exportfinanzierender Banken. Schaffung eines Plafonds z. B. bei der Ausfuhrkre-

ditgesellschaft (AKA) mit der Möglichkeit zur Refinanzierung bei der Bundesbank bzw. der EZB.

- **Zinsschranke korrigieren**
Die Zinsschranke in der Unternehmensbesteuerung verschärft die Krise. Die Grenze des Zinsabzugs muss auf 50 % aufgestockt werden.

Die vorstehende Analyse der Konjunkturdaten und der angespannten Lage auf den Finanzmärkten will keine Perspektivlosigkeit beschreiben. Der vergangene Aufschwung gibt durchaus Anlass zum Optimismus, dass bei einem Wiederanspringen der Weltkonjunktur die deutsche Industrie wieder eine führende Rolle spielen kann. Entscheidend ist jetzt die richtige Weichenstellung. Mit dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz auf der einen Seite und den Konjunkturpaketen I und II auf der anderen Seite hat die Bundesregierung im Grundsatz die richtigen Maßnahmen ergriffen. Die Maßnahmen sind aus heutiger Sicht ausreichend. Von einem Konjunkturpaket III ist aus zwei Gründen dringend abzuraten: Erstens sind die beschlossenen Maßnahmen teilweise noch gar nicht in Kraft. Die Mittel aus dem kommunalen Investitionsprogramm beispielsweise müssen erst in Gang gesetzt werden, bevor sie wirken können. Zweitens ist die Belastungsgrenze für die öffentlichen Haushalte erreicht. Mehr Verschuldung ist nicht darstellbar, andernfalls wäre das Staatsbudget auf Jahre hinaus schwer belastet.

Gleichwohl kann die Bundesregierung auf zwei Aktionsfeldern einen Beitrag zum weiteren Krisenmanagement leisten. Einerseits bietet es sich an, Maßnahmen zu ergreifen, die kein Geld kosten und die Bürger und Wirtschaft in der Krise entlasten. Dazu gehört etwa der zügige Abbau von Bürokratiekosten oder eine Reform des Mietrechts, die die richtigen Anreize für Investitionen in energieeffiziente Gebäudesanierung setzt. Andererseits kann ein Verzicht auf zusätzliche Belastungen für die Wirtschaft kurzfristig effektive Linderung verschaffen, z. B. beim Emissionshandel oder bei der Produktionslenkung durch Öko-Design.

Branchen-Report

Automobilindustrie

Der Pkw-Inlandsmarkt hat im März 2009 sprunghaft zugelegt. Mit 401.000 Pkw stieg der Inlandsabsatz um 40 % auf das höchste Volumen seit dem Wiedervereinigungsboom 1992. Im ersten Quartal ist der deutsche Pkw-Markt um 18 % gewachsen. Der inländische Nutzfahrzeugmarkt hat dagegen im März 2009 weiter deutlich nachgegeben. Die Neuzulassungen lagen um 16 % unter Vorjahresniveau. Damit fiel der Rückgang zwar weniger stark aus als im ersten Quartal (-25 %), allerdings standen im März auch drei Arbeitstage mehr zur Verfügung. Für die deutsche Automobilindustrie, die insgesamt im Jahr 2008 rund 11 Mio. Pkw und über 1,2 Mio. Nfz weltweit produzierte, ist die Entwicklung auf den Auslandsmärkten von entscheidender Bedeutung; dort werden mehr als vier Fünftel aller deutschen Fahrzeuge abgesetzt. Im ersten Quartal 2009 haben die Pkw-Exporte deutlich nachgegeben (-38 %). Die Exporte von Nutzfahrzeugen brachen mit -62 % kräftig ein. Die deutschen Hersteller haben angesichts der Exportentwicklung ihre Produktion stark gedrosselt. Insgesamt stellten sie im ersten Quartal 2009 in den inländischen Werken lediglich 1 Mio. Pkw her. Damit lag die Fertigung auf dem niedrigsten Niveau seit 15 Jahren. Die Produktion in den deutschen Nutzfahrzeugwerken wurde im ersten Quartal um 55 % zurückgenommen. Die Nutzfahrzeugbranche steht 2009 aufgrund des dramatischen Nachfrageeinbruchs vor ihrer größten Herausforderung.

Bauindustrie

Nachdem es zum Jahresende 2008 noch so ausgesehen hatte, als könne sich die Baukonjunktur in Deutschland dem gesamtwirtschaftlichen Abschwung entziehen, stehen nun auch in der Baubranche die Zeiten auf Abkühlung. Die Wirtschaftsforschungsinstitute erwarten einen realen Rückgang der Bauinvestitionen im laufenden Jahr von rund 3 %, der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie geht für das Bauhauptgewerbe

von einem preisbereinigten Umsatzrückgang in der Größenordnung von 2 % aus. Die positivere Einschätzung für das Bauhauptgewerbe ergibt sich dadurch, dass hier der Anteil der öffentlichen Bautätigkeit am Branchenumsatz mit 30 % höher ist als bei den Bauinvestitionen mit 13 %. Zumindest teilweise wird die Baukonjunktur 2009 und 2010 durch die beiden Konjunkturprogramme der Bundesregierung gestützt, durch die die öffentlichen Bauinvestitionen in den beiden Jahren um bis zu 8 Mrd. € zulegen können. Angesichts der schwierigen Witterungsbedingungen im 1. Quartal dürfte hier die Bautätigkeit gegenüber dem Vorjahreszeitraum deutlich zurückgegangen sein. Nach Wirksamwerden der Konjunkturprogramme ist allerdings damit zu rechnen, dass sich die Bautätigkeit in der zweiten Jahreshälfte gegenüber dem Vorjahresniveau stabilisiert. Dies wird allerdings nicht ausreichen, um Entlassungen im Bauhauptgewerbe zu vermeiden. Im Jahresdurchschnitt dürfte die Zahl der Erwerbstätigen der Branche leicht auf etwa 700.000 zurückgehen.

Chemische Industrie

Das Chemiegeschäft ist von der globalen Wirtschaftskrise voll erfasst worden. Seit November 2008 ordern insbesondere die industriellen Kunden kaum noch Chemikalien. Die Chemieunternehmen drosselten die Produktion daher deutlich. Nachdem sich der Produktionsrückgang im Januar 2009 fortgesetzt hatte, stieg die deutsche Chemieproduktion im Februar zwar wieder leicht. Sie lag aber noch knapp 20 % niedriger als ein Jahr zuvor. Bei zu Jahresbeginn stagnierenden Erzeugerpreisen schrumpften Anfang 2009 die In- und Auslandsumsätze der Chemie weiter stark. In der Branche herrscht vor diesem Hintergrund momentan eine rezessive Stimmung: Geschäftslage und -erwartungen sind im Keller. Anlagen der Chemieunternehmen stehen vorübergehend still. Die Unternehmen nutzen angesichts der Absatzkrise zunächst flexible Arbeitszeitinstrumente. Es gibt inzwischen aber auch vermehrt Kurzarbeit. In wie weit die Konjunkturpakete der Bundesregierung helfen, die Krise abzufedern, bleibt abzuwarten. Das Chemiegeschäft wird 2009 in jedem Fall schwierig bleiben.

Eisen-, Stahl- und Temperguss

In 2008 konnte die Eisen- und Stahlgussproduktion das 2007er Niveau halten. Auf der Nichteisenmetallseite ging die Fertigung bedingt durch den höheren Anteil der Automobilzulieferung um 4 % zurück. Das 4. Quartal 2008 verabschiedete sich mit deutlich sinkenden Orders. Aus dem Fahrzeugbau sind die Bestellungen um über 60 % gegenüber dem Endquartal 2007 eingebrochen. Die Nachfrage aus dem Maschinenbau ging um fast 30 % zurück. Diese Entwicklung hat sich auch in den ersten beiden Monaten 2009 fortgesetzt. Bedingt durch steigende Auftragsannullierungen sowie die schwachen

Orders sind auch die Bestände stark abgeschmolzen. Die Beschäftigung der Kapazitäten ist von Vollausslastung auf unter 75 % gesunken. Kurzarbeit sowie Abbau der Leiharbeiterquote sind nicht zu vermeiden. Das Halten der Stammebelegschaft hat oberste Priorität. 2009 ist eine drastisch unter dem 2008er Niveau liegende Gussproduktion zu erwarten. Stützend wirkt noch die Nachfrage aus den Bereichen Energieerzeugung, Rohstoffexploration und dem Schienenfahrzeugbau. Zudem laufen noch Aufträge aus dem Orderbestand des Großanlagenbaus. Impulse sind im Bereich der Prototypenaufträge zu verzeichnen. Dies stellt eine klassische Frühindikatorfunktion für später einsetzende Serienaufträge dar.

Elektrotechnik- und Elektronikindustrie

Im Sog der Wirtschafts- und Finanzkrise ist die Konjunktur in der Elektroindustrie bereits ab dem vierten Quartal 2008 außerordentlich schlecht verlaufen. Über das gesamte letzte Jahr ist der Umsatz mit 182 Mrd. € auf dem Vorjahresniveau stagniert. Während der Inlandsumsatz um 2 % gestiegen ist, hat sich das Geschäft mit ausländischen Kunden mit -3 % rückläufig entwickelt. Zwischen Januar und Februar 2009 ist der Umsatz um 28 % ggü. Vorjahr gesunken, die (reale) Produktion um 16 %. Als Folge des vor allem in der ersten Jahreshälfte sehr starken Euros sowie eben der rezessiven weltwirtschaftlichen Entwicklung sind die Ausfuhren der Elektroindustrie 2008 um 2 % gesunken. Real haben sie immerhin um 1 % zugelegt. Ende 2008 waren knapp 827.000 Beschäftigte in der deutschen Elektroindustrie tätig (+7.000 ggü. Vorjahr). Einer März-Umfrage des ZVEI zufolge nutzen derzeit bereits mehr als 60 % der Elektrounternehmen das Instrument der Kurzarbeit. Ebenso viele planen einen Abbau von Beschäftigung. Die Kapazitätsauslastung ist im Januar 2009 auf 78 % der betriebsüblichen Vollausslastung zurückgegangen. Dies ist der niedrigste Wert seit 1983. Der Auftragsbestand ist zuletzt auf 2,2 Produktionsmonate gesunken. Bis auf die Medizintechnik und den Schienenfahrzeugbau sind die Auftragseingänge im Januar und Februar 2009 in allen Fachbereichen der Elektroindustrie zurückgegangen, insgesamt um 37 %. Die Spreizung zwischen den einzelnen Bereichen nimmt dabei weiter zu.

Ernährungsindustrie

Die Ernährungsindustrie erzielte im Jahr 2008 einen Branchenumsatz von 155 Mrd. € (+5,6 %). Wachstumstreiber war das Exportgeschäft, das gegenüber dem Vorjahr um 15 % zulegen konnte auf 42,4 Mrd. €. Damit erzielte die Branche rund 27 % ihrer Umsätze im Ausland. Die Ernährungsindustrie hat sich im ersten Quartal 2009 noch als stabil erwiesen. Nominal war im Januar/Februar 2009 ein Umsatzrückgang von 6 % zu verzeichnen; real (preis- und kalenderbereinigt) blieben die Umsätze konstant. Wenngleich die Verbraucher bisher noch

gelassen auf die Wirtschaftskrise reagieren, bleiben Folgen auch für die vergleichsweise konjunkturstable Lebensmittelbranche nicht aus. Entwicklungen wie der wachsende Discountanteil und die zunehmende Branchenkonzentration im Handel werden dadurch beschleunigt und bringen die Unternehmen der Ernährungsindustrie weiter unter Druck. Ein ähnliches Bild zeichnet auch der Ifo-Geschäftsklimaindex im März 2009: Während die Unternehmen der Ernährungsindustrie ihre aktuelle und zukünftige Geschäftslage weniger pessimistisch sehen als in der übrigen Wirtschaft, drücken v.a. die zu erwartenden Verkaufspreise die Stimmung. Für das Gesamtjahr 2009 rechnet die Bundesvereinigung der deutschen Ernährungsindustrie noch mit stabilen Branchenumsätzen.

Immobilienwirtschaft

In den vergangenen Jahren fielen die Preisschwankungen an den deutschen Immobilienmärkten moderat aus. Zwar folgen die Immobilienpreise auch hierzulande der Konjunktur, doch sie reagieren weniger stark auf Zinsänderungen als etwa in den angelsächsischen Ländern. In den kommenden Monaten wird sich die Wirtschaftskrise unterschiedlich auf den deutschen Immobilienmarkt auswirken. Die Wohnimmobilien werden kaum unter der wirtschaftlichen Schwächephase leiden. Preisabschläge wie in Amerika wird es nicht geben, weil es bei den deutschen Wohnimmobilien in der Vergangenheit keine Preisblasen gab. Dagegen wird sich die konjunkturelle Eintrübung mit Verzögerung auf den Markt für Gewerbeimmobilien auswirken. Viele Unternehmen werden ihre Kosten senken. Das geht mit Stellenabbau und einer verringerten Nachfrage nach Büroimmobilien einher. Ein Rückgang der Büromieten und ein Anstieg der Leerstandsquote sind zu erwarten. Stabil zeigt sich die Nachfrage nach Einzelhandelsimmobilien in den Top-Lauflagen der Großstädte. Das Angebot deckt nicht die Nachfrage ab, so dass man von stabilen Preisen ausgehen kann. Allerdings geht die Nachfrage nach Geschäften in den Randlagen zurück. Auch der Markt für Logistikimmobilien wird unter der Krise leiden.

Informations- und Kommunikationswirtschaft

Die Ausgaben für Informationstechnik und Telekommunikation (ITK) sind im vergangenen Jahr in Deutschland um 1,2 % gestiegen. Im Herbst war noch ein Wachstum von 1,8 % erwartet worden. Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise halten sich für die Hightech-Industrie bislang insgesamt in Grenzen. Das zeigen die vom BITKOM monatlich in Auftrag gegebenen, repräsentativen Umfragen. Danach spürten im März 63 % der befragten ITK-Unternehmen bisher keine direkten Auswirkungen der Krise auf ihr Geschäft. Laut der aktuellen Umfrage sind mittlere und große Unternehmen stärker von

der Krise betroffen als kleine Unternehmen. Der Anteil der Firmen, bei denen die Krise die Personalplanung beeinträchtigt, liegt bei 43 %. Die Finanzierungssituation hat sich zuletzt etwas entspannt. Knapp zwei Drittel sehen keine Veränderung im Vergleich zur Situation vor der Krise. Der Außenhandel entwickelte sich im Jahr 2008 in Summe rückläufig. Dafür war vor allem der starke Einbruch im Bereich der TK-Geräte und -Systeme verantwortlich. Die Exporte von IT-Hardware sanken geringfügig, während die Ausfuhr von Consumer Electronics zweistellig zulegte. Die Ausfuhr von ITK-Dienstleistungen erreichte 2008 mit 13 Mrd. € einen neuen Rekordstand.

Maschinen- und Anlagenbau

Nach einer fünfjährigen Wachstumsphase ist die Finanzkrise nun auch im Maschinen- und Anlagenbau angekommen. Die Produktion in Deutschland lag in den ersten beiden Monaten des Jahres um rund 23 % unter Vorjahresniveau. Schneller als sonst üblich hat sich der Einbruch im Auftragseingang in der Produktion durchgeschlagen. Die Bestellungen von Maschinen und Anlagen sind seit Oktober deutlich rückläufig. Sie verfehlten ihr Vorjahresniveau in den ersten beiden Monaten des Jahres um 45 %, für die letzten fünf Monate ergibt sich insgesamt ein Rückgang von 36 %.

Im Gleichschritt zur Produktion ist auch die Kapazitätsauslastung drastisch zurückgegangen von 88,9 % im Oktober auf nur noch 78,3 % im Januar. Die Zahl der Kurzarbeiter dürfte branchenweit inzwischen bei gut 100.000 Personen liegen. Die Entwicklung in den letzten Wochen hat es sogar nötig gemacht, die Anfang Februar vorgestellte VDMA-Prognose eines Produktionsrückganges von 7 % noch einmal deutlich nach unten zu revidieren. Um der Brandbreite der Einzelkonjunkturen in den Fachzweigen und der allgemeinen Verunsicherung Rechnung zu tragen, wird nun mit einem Rückgang in einer Spanne von 10 bis 20 % gerechnet.

Stahlindustrie

Die Abwärtsbewegung auf den globalen Stahlmärkten hat sich in den ersten Monaten des laufenden Jahres weiter beschleunigt. Weltweit hat die Rohstahlproduktion im ersten Quartal 2009 um 23 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum abgenommen. In den meisten Ländern der Europäischen Union sowie in den USA, Brasilien oder Japan ist die Erzeugung sogar um 40 % bis 50 % gesunken. In Deutschland ist die Rohstahlproduktion im ersten Quartal um knapp 40 % ggü. Vj. eingebrochen. Die gegenwärtige Auftragslage deutet nicht darauf

hin, dass mit einer Verbesserung im zweiten Quartal zu rechnen ist. So lagen die Bestellungen im Januar und Februar mehr als 50 % unter dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. Der Lagerabbau bei Händlern und Verarbeitern zieht sich aufgrund der Rezession länger hin, als ursprünglich vermutet wurde. Die Kapazitäten sind bei vielen Fertigerzeugnissen nicht einmal zur Hälfte ausgelastet. Für etwa 45.000 Mitarbeiter von insgesamt 94.000 Beschäftigten der Stahlindustrie in Deutschland wurde Kurzarbeit beantragt und bewilligt. Fünf von insgesamt 15 Hochöfen in Deutschland sind vorübergehend stillgesetzt. Eine Reihe von Frühindikatoren nährt inzwischen die Hoffnung auf eine Bodenbildung im zweiten Halbjahr. So erwartet inzwischen die Mehrzahl der im ifo-Konjunkturtest befragten Stahlunternehmen eine Besserung innerhalb der nächsten sechs Monate. Insgesamt ist jedoch damit zu rechnen, dass die Rohstahlproduktion in Deutschland um mindestens 25 % gegenüber dem Vorjahr und damit auf das niedrigste Niveau seit Beginn der 60er Jahre zurückfallen wird.

Stahl- und Metallverarbeitung

Die Stahl- und Metallverarbeiter sind nach dem Einbruch der Konjunkturkennzahlen im letzten Quartal 2008 auch schwach in das Jahr 2009 gestartet. Die Produktion liegt im Februar 2009 mehr als ein Drittel unter dem allerdings hohen Niveau des Vorjahresmonats. Entsprechend sind auch die Umsätze um knapp 35 % rückläufig. Der Auftragseingang liegt im Februar 2009 mit -44,3 % noch deutlicher im Minus als das aktuelle Geschäft. Eine gewisse Bodenbildung deutet allerdings der Vergleich mit den Dezemberwerten 2008 an. Zwar hat sich der Februar etwas schwächer gezeigt als der Januar, dennoch dürfte das zum Jahresende erreichte niedrige Niveau in den nächsten Monaten zumindest nicht noch deutlich unterschritten werden. Im Gegenteil sollten die Konjunkturprogramme für eine allmähliche Stabilisierung sorgen. Dies deutet die Auftragsentwicklungen der Automobilindustrie bereits an. Die betroffenen Zulieferbetriebe profitieren mit leichter zeitlicher Verzögerung. Aus heutiger Sicht bleibt jedoch sehr fraglich, inwieweit nach dem Auslaufen dieser Konjunkturspritze die »normale« Nachfrage die Geschäftsentwicklung tragen kann, zumal lediglich ein Teilsegment der Fahrzeughersteller von der Konjunkturmaßnahme profitiert. Treten die Prognosen der wichtigsten Kundenbranchen für das Jahr 2009 ein, wird auch die Produktion der Stahl- und Metallverarbeitung voraussichtlich zweistellig im Bereich um -15 % zurückgehen. Die Unternehmen nutzen intensiv die Kurzarbeit, um die Talsohle zu überbrücken.